

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martin Sichert, Kay-Uwe Ziegler,
Dr. Christina Baum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/10488 –**

Medizinstudium bei der Bundeswehr – Finanzierung der Studienplätze

Vorbemerkung der Fragesteller

Rund 2,5 Prozent, d. h. 250 der Medizinstudienplätze werden jährlich nur an Bewerber vergeben, die sich zum späteren Dienst in der Bundeswehr verpflichten. Dieses Kontingent wird ausschließlich für spätere Bundeswehrärzte freigehalten (www.aerzteblatt.de/archiv/210002/Medizinstudium-Viele-Wege-zum-Ziel, einstellungstest-bundeswehr.de/medizinstudium-bundeswehr/).

Der Bundesminister für Gesundheit, Prof. Dr. Karl Lauterbach, hat den Ausbau der Medizinstudienplätze in Deutschland angemahnt und wegen der fehlenden Kapazitätserweiterungen die Bundesländer kritisiert. Benötigte Fachkräfte könne man nicht einfach anderen Staaten wegnehmen, indem man sie in Deutschland besser bezahle. Das sei unethisch (www.zeit.de/news/2022-05/24/lauterbach-ruft-laender-zu-mehr-medizinstudienplaetzen-auf).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Für die Zulassung zum Medizinstudium sind die Länder zuständig. Diese haben in Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 19. Dezember 2017 im Jahr 2019 einen Staatsvertrag über die Hochschulzulassung beschlossen, der erstmals im Zulassungsverfahren für das Sommersemester 2020 zur Anwendung kam. Dieser sieht vor, dass 20 Prozent der verfügbaren Studienplätze vorab an bestimmte Gruppen von Bewerberinnen und Bewerbern vergeben werden (sog. Vorabquoten). Der Staatsvertrag wird in den Hochschulgesetzen der Länder und in den Landesvergabeordnungen für die Hochschulzulassung umgesetzt. Die Landesvergabeordnungen entsprechen für den Studiengang Medizin der Mustervergabeordnung der Stiftung für Hochschulzulassung (SfH). Die Mustervergabeordnung sieht vor, dass je Studienort 2,2 Prozent der Studienplätze für die Zulassung im Sanitätsdienst der Bundeswehr im Rahmen der Vorabquoten zu vergeben sind, höchstens jedoch bundesweit 220 Studienplätze. Bei einer Gesamtzahl von 11 833 Studienplätzen waren dies im Jahr 2023 rechnerisch rund 260 Studienplätze, aufgrund der festgelegten Höchstzahl tatsächlich aber lediglich 220. Aktuell prüft die

Bundesregierung, ob und wie sie die Länder bei der Einrichtung weiterer Studienplätze unterstützen kann.

1. Werden diese für die Bundeswehr reservierten Studienplätze vom jeweiligen Land, in dem sich die Hochschule befindet, vom Bund, von Dritten bzw. bei anteiliger Finanzierung zu jeweils welchen Anteilen bzw. von wem finanziert und in jeweils welcher Höhe?

Die Studienplätze für die Zulassung im Sanitätsdienst der Bundeswehr werden von den Ländern finanziert, die sie im Rahmen der Vorabquoten vergeben. Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.

2. Hat sich die Art der Finanzierung dieser Studienplätze in den zurückliegenden 30 Jahren geändert, und ggf. wie?

Im Staatsvertrag über die Einrichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 5. Juni 2008 war ebenfalls die Vergabe von 20 Prozent der Studienplätze im Rahmen von Vorabquoten vorgesehen. Die Vergabeverordnung der Stiftung für Hochschulzulassung aus dem Jahr 2008 sah entsprechend die Vergabe von 2,2 Prozent der Studienplätze je Studienort für die Zulassung im Sanitätsdienst der Bundeswehr vor. Die Finanzierung der Studienplätze erfolgte auch in diesem Rahmen durch die Länder, die die Studienplätze vergeben. Weitere Erkenntnisse liegen der Bundesregierung nicht vor.

3. Beabsichtigt die Bundesregierung im Hinblick auf die vom Bundesgesundheitsminister angestrebte Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze in Deutschland eine Veränderung der Finanzierungsmodalitäten der Medizinstudienplätze allgemein oder bezüglich der für die Bundeswehr reservierten Studienplätze bzw. eine eigene oder höhere Beteiligung, und wenn ja, wie, und in welchem Ausmaß?

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen. Eine Änderung der Finanzierung der für den Sanitätsdienst der Bundeswehr zu vergebenden Studienplätze ist nicht geplant.